



Antrag

der Abgeordneten **Martin Böhm, Franz Bergmüller, Katrin Ebner-Steiner, Uli Henkel, Ferdinand Mang, Gerd Mannes, Josef Seidl** und **Fraktion (AfD)**

Rechtsstaatlichkeit erhalten – Verträge einhalten!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass der Grundsatz „pacta sunt servanda“ insbesondere von staatlichen Institutionen zu wahren ist.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen relevanten Ebenen dafür einzusetzen, dass der Wiederaufbaufonds der EU rechtssicher ausgestaltet und mit dementsprechendem Quorum im Bundestag zur Abstimmung gestellt wird.

Begründung:

Der Wiederaufbaufonds der EU ist in seiner jetzigen Form rechtlich hochproblematisch, was den Weg für Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht bzw. dem Europäischen Gerichtshof öffnet. Dies senkt nicht nur das Vertrauen in die Politik, sondern schafft auch innerhalb der EU Rechtsunsicherheit.

In der Vergangenheit haben bereits bekannte Europarechtler eben diese Bedenken geäußert. ¹Es ist somit höchste Zeit, für die Steuerzahler sowie EU-Akteure Rechtssicherheit herzustellen und das Hilfspaket entsprechend zur Abstimmung zu stellen.

¹ <https://www.tagesspiegel.de/politik/scheitert-die-coronahilfe-der-eu-vor-gericht-das-finanzpaket-wird-der-eu-um-die-ohren-fliegen/26701818.html>